

DIE

Ausgabe 4
Juli/August 2020
9,90 Euro

STIFTUNG

MAGAZIN FÜR STIFTUNGSWESEN UND PHILANTHROPIE

Stiftungen gegen Stereotype

Wie gemeinnützige Organisationen
Rassismus und Ressentiments begegnen

ENTSCHEIDENDER ASPEKT

Wie viel Flexibilität brauchen
Kapitalstiftungen beim
Umgang mit ihrem Vermögen?

ENTSCHEIDUNG FÜRS LEBEN

Thomas Bruch hat für die Globus-
Holding eine Stiftungsstruktur
als Nachfolgelösung gewählt

ENTSCHEIDER AUS BITS UND BYTES

Künstliche Intelligenz könnte ganze
Branchen auf den Kopf stellen – und
auch für Stiftungen interessant sein

Die Daueraufgabe

Nur wenige Stiftungen in Deutschland kämpfen explizit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und sie sind noch lange nicht am Ziel, obwohl die Debatte mittlerweile in Gesellschaft und Politik angekommen ist. Was macht ihre Arbeit so schwer? **Von Johannes Sill**

Warum die Mohrenstraße in Berlin wirklich so heißt, weiß keiner so ganz genau. Dennoch wurde der Name der Straße zum Politikum. In Gedenken an den in Minneapolis getöteten Afroamerikaner George Floyd wurde Anfang Juni das Wort „Mohren“ an der U-Bahn-Haltestelle mit einem Plakat mit der Aufschrift „George-Floyd“ umbenannt. Die Berliner Verkehrsbetriebe hatten mit Aufbrausen der öffentlichen Debatte vorgeschlagen, den Namen der Haltestelle zu ändern. Nicht zu Ehren des Ermordeten, sondern als Hommage an den russischen Komponisten Michail Iwanowitsch Glinka, der 1857 in Berlin verstarb und als Schöpfer einer eigenständigen klassischen Musik Russlands gilt. Mit dem Vorschlag des neuen Namens brach in der Hauptstadt allerdings eine weitere Diskussion aus. Der Komponist soll Antisemit gewesen sein.

Wie das ganze Kuddelmuddel rund um den Namen des U-Bahnhofs ausgeht, ist bei Erstellung dieses Artikels unklar. Was die kuriose Geschichte aber zeigt, ist, dass die Debatte um rassistische Symbole und Namen nicht nur in den Vereinigten Staaten ein Bestandteil im öffentlichen Diskurs geworden ist. Sie ist auch in Deutschland angekommen. Die Auseinandersetzung mit Rassismus sei

hierzulande auch bitter nötig, sagt Susanne Krause-Hinrichs. Denn die Aggressivität und Gewalt gegenüber Menschen, die anders aussehen, sei in Deutschland in den letzten Jahren schlimmer geworden. Krause-Hinrichs ist Geschäftsführerin der F.C.-Flick-Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz.

Die Stiftung wurde 2001 von dem Unternehmer Friedrich Christian Flick in Gedenken an die Opfer und Überlebenden des nationalsozialistischen Terrorregimes gegründet. Die Vorwürfe des antisemitischen Denkens sind bei Familie Flicks Vergangenheit deutlich nachvollziehbarer als beim Komponisten Glinka. Friedrich Christian Flicks Großvater Friedrich Flick wurde im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse im Dezember 1947 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Das Gericht hielt ihn unter anderem der Sklavenarbeit für schuldig. Er kam im Frühjahr 1950 frei.

Öl ins Feuer

Krause-Hinrichs erklärt sich die Zunahme an Gewaltbereitschaft und Ressentiments gegenüber Andersaussehenden mit einer Welt, die im Umbruch ist und somit Verunsicherungen mit sich bringt. „Wenn Menschen Angst um ihr Eigentum, Wohl, Standing in der Gesellschaft haben, projizieren sie ihre schlechte Lage oft auf andere.“ Die aufkommende Migrationskrise habe Öl ins Feuer gegossen. Mit einem Ausgang, der zu erwarten war. „Es ist urmenschlich, dass man sich

Im Auftrag gegen das Schubladendenken: Die Stiftungen, die sich gegen Rassismus engagieren, sehen vor allem auf dem Land fremdenfeindliche Tendenzen.

besser fühlt, wenn man sich gegenüber anderen erhebt“, sagt sie.

Es gibt einen weiteren Grund für die Zunahme des Rassismus in Deutschland: 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gehen Erschütterungen und Erkenntnisse aus dieser Zeit verloren. Mit der Digitalisierung und den Vernetzungsmöglichkeiten im Internet finden Gleichgesinnte in extremen politischen Richtungen einfacher zueinander als früher. Zudem habe die AfD rechtes Gedankengut an der Wahlurne salonfähig gemacht. „Die Stimmen der Menschen haben sich vor der Gründung auf andere Parteien verteilt, oder sie haben nicht an den Wahlen teilgenommen. Die NPD war den meisten Wählern doch zu extrem,“ sagt Anetta Kahane, Geschäftsführerin und Mitinitiatorin der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung wurde 1998 als unselbständige Stiftung unter dem Dach der Forschungsgemeinschaft Modellprojekte gegründet. Schirmherr und Stifter Karl Konrad von der Groeben, ehemaliger Inhaber eines Getränkeimperiums mit Standorten in Gießen, Mainz und Wiesbaden, stellte das Startkapital zur Verfügung. Der Stiftungszweck ist seitdem die Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die Stiftung verschreibt sich dem Opferschutz und der Opferberatung. Zudem fördert sie Kleininitiativen und Projekte zur Aktivierung der Zivilgesellschaft in Kommunen. Der Name der Stiftung ist Amadeu Antonio Kiowa gewidmet. Der Angolaner wurde im November 1990 von Neonazis in Eberswalde in Brandenburg brutal zusammengeschlagen und starb an den Folgen des Angriffs.

Für Kahane sind die Wahlergebnisse der letzten Jahre und das Phänomen AfD keine Überraschung. „Wir haben in diesem Bereich schon lange Forschungen betrieben, und die radikalen Tendenzen – vor allem in Ostdeutschland –, die wir gefunden haben, zeigten immer, dass es dort eine Klientel gibt, die bereit ist, Positionen weit rechts von der CDU wahr-

zunehmen.“ 20 bis 25 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung stünden rechts-extremen Positionen positiv gegenüber, ist seit Jahren ein Ergebnis der Analysen der Stiftung.

Dem Problem sprichwörtlich begegnen

Wie begegnen die Stiftungen Rassismus, Rechtsextremismus oder Antisemitismus? Die Antwort liegt in der Frage. Begegnung sei der Schlüssel für den Abbau von Furcht und Vorurteilen, sagt Jürgen Micksch, geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die internationalen Wochen gegen Rassismus (kurz: Stiftung gegen Rassismus).

Dieser Ansatz erinnert an das Paradox der Kriminalitätsfurcht. Die Theorie besagt, dass dort, wo am wenigsten Kriminalität stattfindet, die Menschen am meisten Angst vor Kriminalität haben. Beim Thema Rassismus und rechtsradikalem Gedankengut sei das ähnlich, sagt Micksch.

Unter diesen Vorzeichen plant und koordiniert die Stiftung die jährlichen UN-Wochen gegen Rassismus in Deutschland. Die Tage finden immer um den 21.

„Wenn die Politik in solchen Fällen nicht hinter unserer Arbeit steht, ist es nicht zu ertragen.“

Anetta Kahane

März statt. Eine Anlehnung an das Jahr 1960, in dem in Südafrika das damalige Apartheid-Regime in Sharpeville in der Nähe von Johannesburg bei Protesten 69 Demonstrierende erschoss und mindestens 180 verletzte. In Deutschland wurde der Internationale Tag gegen Rassismus das erste Mal im Jahr 1995 vom Interkulturellen Rat in Deutschland e.V.



Susanne Krause-Hinrichs, Geschäftsführerin
F.C.-Flick-Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit,
Rassismus und Intoleranz

Gründungsjahr: 2001

Gründungskapital: 10 Millionen Deutsche Mark

Mitarbeiter: drei hauptamtlich

organisiert. Der von Jürgen Micksch gegründete Verein rief im Jahr 2014 die Stiftung ins Leben, der Verein löste sich 2017 auf.

Aus dem Tag gegen Rassismus entwickelten sich die Wochen gegen Rassismus. Im vergangenen Jahr wurden in den zwei Wochen 1.850 Veranstaltungen gemeldet. Neben der Organisation des Events fördert und entwickelt die Stiftung auch Modellprojekte zur Überwindung von Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten.

Mit ihrer Arbeit möchte sie die breite Öffentlichkeit in ganz Deutschland ansprechen, Menschen aus verschiedenen Altersgruppen und gesellschaftlichen Bereichen zusammenbringen. Vor allem auf Orte, in denen es eine Zunahme an rechtsextremistischen Vorfällen gibt, legt die Stiftung ein besonderes Augenmerk. Dresden beispielsweise, wo es laut Micksch eine sehr engagierte andere Hälfte der Bevölkerung gebe, die man unterstützen müsse.

Für die F.C.-Flick-Stiftung ist die Zielgruppe der Projekte klarer definiert. Gefördert werden Kinder und Jugendliche vor allem in den neuen Bundesländern und in Berlin. Die Stiftung legt ihr Au- ➔



© Peter van Heesen

Anetta Kahane, Geschäftsführerin
 Amadeu-Antonio-Stiftung
 Gründungsjahr: 1998
 Gründungskapital: 150.000 Euro
 Mitarbeiter: 73 hauptamtlich

genmerk auf Projekte im kulturellen, sportlichen und pädagogischen Bereich und Jugendaustauschprojekte, vorwiegend mit den Ländern des östlichen Europas und Israel.

Die Frage nach dem Impact

Was alle Projekte der Stiftungen eint: Die Messung des Impacts der jeweiligen Projekte ist kaum darstellbar.

Keine der drei Stiftungen nutzt eine berechenbare und falsifizierbare Angabe, wie viel Einfluss die Projekte wirklich auf die deutsche Gesellschaft haben. Susanne Krause-Hinrichs sagt, die Frage nach der Wirksamkeit sei eine der schwierigsten Fragen überhaupt, wenn es um ihren Stiftungssektor geht. Sie findet diese Frage sogar gefährlich, denn sie setze ein Effizienzdenken voraus, das Unternehmen an den Tag legen, das sich aber nicht auf Stiftungen und die Gesellschaft übertragen lasse.

Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung ergänzt, Stiftungsprojekte gegen Rassismus seien noch nicht im Diskurs der Gesellschaft angekommen und deswegen kaum einzuschätzen. „Irgendwann schwenkt die Gesellschaft auf unsere Themen ein“, spricht die Journalistin und Autorin aus ihrer langjährigen Erfahrung. Dem sogenannten Overton-Fenster, das beschreibt, welche Themen im öffentlichen Diskurs akzeptiert werden und welche nicht, sind die Stiftungen oft voraus. Da müsse man hinnehmen, dass man jahrelang im Schatten Aufbauarbeit leisten muss und großflächige Unterstützung erst einmal ausbleibe, sagt Kahane weiter. Dafür sei die Stiftung umso gefragter, wenn Themen vor der Politik schließlich aufgegriffen und Projektpartner gesucht werden. Das Projekt „Good Gaming – Well Played Democracy“ ist ein Beispiel für diese Entwicklung. Es greift die zunehmende Politisierung der Videospiele-Netzwerke auf und somit auch die dort durch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure geschürte menschenverachtende Stimmung. Das Monitoring der Stiftung habe gezeigt, dass dieses Problem schon lange Bestand hatte, so Kahane. Jetzt ist diese Debatte im Bundestag angekommen.

Jürgen Micksch von der Stiftung gegen Rassismus verweist auf die Debatte rund um das Wort „Rasse“ und dessen Platz im deutschen Grundgesetz. „Es wäre natürlich ein Meilenstein in der öffentlichen Diskussion, wenn das Wort aus dem Gesetzestext gestrichen werden würde. Dass das Wort da raus muss, habe ich schon vor Jahrzehnten befürwortet“, sagt der 79-Jährige.

Die Gefahr der öffentlichen Positionierung

Beide Beispiele zeigen den wunden Punkt bei der Stiftungsarbeit gegen Rassismus auf. Die Stiftungen sind abhängig von anderen Instanzen und der öffentlichen Meinung im Allgemeinen. Wenn es um den Erfolg von Projekten und Ideen

geht, zeigt sich, dass das Wohlwollen der Politik über Erfolg oder Misserfolg von Projekten entscheidet. Vor allem auf lokaler Ebene.

Krause-Hinrichs erzählt von einer Initiative in Chemnitz, die eine Fortbildung für Erzieher in Sachen Fremdenfeindlichkeit zum Ziel hatte. „Ich hatte noch nie einen solchen Shitstorm erlebt“, sagt die Geschäftsführerin der F.C.-Flick-Stiftung. Der Träger des Projektes wurde mit Hassmails überflutet, die Mitarbeiter des Fortbildungsanbieters wurden von Kollegen und gar von Vorgesetzten für ihr Engagement gemobbt. Schockiert habe sie das, blickt die 56-Jährige zurück. Damals stellte sich die Bürgermeisterin hinter das Projekt. Ohne die Solidarität der Politikerin hätte es nicht stattgefunden.

Für Politiker ist eine solche Positionierung nicht einfach. Denn auf lokaler Ebene ist die Wählerschaft klein, und die Ermordung des Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, dass eine öffentliche Positionierung gefährlich sein kann. „Wenn die Politik in solchen Fällen nicht hinter unserer Arbeit und unseren Projekten steht, ist es nicht zu ertragen“, so Kahane.

Finanzierungsorgen

Dass die Politik so viel Einfluss hat, gehe darauf zurück, dass viele Menschen aus der Bevölkerung die Lösung des Problems „Rassismus“ in der Politik sähen und nicht bei sich selbst, sagt Kahane. Zwar stehe die Zivilgesellschaft bei extremen Fällen wie der Ermordung Lübckes oder dem Anschlag von Hanau – bei dem ein rechtsradikaler Täter zehn Menschen ermordete – zusammen und fordere von der Politik eine Positionierung gegen Rechtsextremismus, aber selbst in die Gestaltung und Verantwortung zu gehen, sei nicht wirklich tief bei einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft verankert.

Das schlägt sich auch bei der Finanzierung der Stiftungen nieder. Die F.C.-Flick-Stiftung findet kaum Kleinspender,



© Christoph Rau

Jürgen Micksch, Geschäftsführer
Stiftung für die Internationalen Wochen gegen
Rassismus

Gründungsjahr: 2014

Gründungskapital: 50.000 Euro

Mitarbeiter: sechs hauptamtlich

die aus dem privaten Geldbeutel geben. Die angesetzten Spendenkampagnen verliefen im Sand. Ohne eine Professionalisierung in der Ansprache und Organisation solcher Finanzierungsrunden sei der Eigenwille zu spenden in der deutschen Bevölkerung nicht vorhanden, konstatiert Susanne Krause-Hinrichs. Ein Unterschied beispielsweise zu den Vereinigten Staaten, wo die Philanthropie im Durchschnitt weiter ins Privatleben eingedrungen ist als hierzulande. Die meisten Projekte finanziert die Stiftung aus dem Stiftungsvermögen und den Zuwendungen, die durch die Unternehmerfamilie kommen.

Dass sich Unternehmen engagieren, komme selten vor, sagt Anetta Kahane. Es gebe noch kein Gefühl der Dringlichkeit, sich stärker gegen Rassismus zu engagieren. „Das Argument, dass Unternehmen schlechte Standortfaktoren haben, wenn in der Gemeinde rassistische Tendenzen bekannt sind, zieht leider noch nicht.“

Zumindest die Prominenz in Deutschland engagiere sich in Sachen Rassismus mehr als früher, sagt Jürgen Micksch. Mit der Kampagne „Prominent gegen Rassismus“ findet seine Stiftung heute

größeren Zuspruch. „Am Anfang erhielten wir bei 20 Anfragen eine Zusage“, blickt Micksch zurück. „Heute sagen rund 60 Prozent der angefragten Leute zu.“

Wo sind die Kirchen?

Micksch ist von einer anderen gesellschaftlichen Institution enttäuscht: den deutschen Glaubensgemeinden. „Die katholische und auch die evangelische Kirche positionieren sich seit 2015 kaum mehr gegen Rassismus“, sagt der evangelische Theologe. Während des starken Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden waren viele Gemeinden noch Sprachrohre gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Seitdem seien sie still geworden, sagt Micksch.

Im Rahmen der Wochen gegen Rassismus würden sich beispielsweise 1.700 Moscheen in Deutschland für Gäste anderer Glaubensgemeinschaften öffnen. Das sei ein wertvolles Projekt, um Vorurteile abzubauen, sagt der Stiftungsvorstand. Auf Seiten der beiden großen deutschen Glaubensgemeinschaften laden im Zuge der Initiative allerdings nicht einmal eine Handvoll Kirchen Persönlichkeiten aus anderen Religionen ein. „Eigentlich ist es eine Aufgabe von Kirchen, für die Bekämpfung von Rassismus zu sorgen, aber vor allem im ländlichen Bereich tun sich die Verantwortlichen schwer, andere Glaubensgemeinschaften einzuladen“, ist Micksch enttäuscht. Er werde aber nicht müde, weiter nachzubohren. Dafür sei die Stiftungsarbeit ja da.

Ein Mantra, das alle drei Stiftungen an den Tag legen und sogar legen müssen. Die Arbeit erfordert viel Geduld und Hartnäckigkeit. „Arbeit gegen Rassismus ist eine Daueraufgabe“, sagt Anetta Kahane. „Es gibt keine Lösung oder ein Programm oder einen Hebel, die das Problem enden lassen.“ Was Hoffnung mache: Die letzten Jahrzehnte habe sich die breite Gesellschaft in die richtige Richtung entwickelt. „In meiner Jugend gab es keine Sensibilität für das Thema

Alltagsrassismus in Deutschland,“ sagt die Geschäftsführerin der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Als „unverbesserliche Optimistin“, wie sich Kahane selbst beschreibt, könne sie dem erhöhten Gewaltpotential und auch dem Aufstieg der AfD etwas Positives abgewinnen. „Diese Dinge zeigen der Gesellschaft, dass es diese Tendenzen gibt und man sich mit dem Thema auseinandersetzen muss.“

Mit Blick auf die Polizeigewalt und die dadurch großflächig entstandenen Black-Lives-Matter-Proteste in den Vereinigten Staaten erwartet Susanne Krause-Hinrichs, dass dadurch auch Projektanträge an die F.C.-Flick-Stiftung kommen werden. Für die Zukunft zeichnet sie ein optimistischeres Bild als in den USA. „Auch in unseren Institutionen gibt es die Bereitschaft für rassistisch motivierte Gewalt – wie beispielsweise die Berichterstattung um das rechtsextremistische Verhalten im Kommando Spezialkräfte (KSK) gezeigt hat –, aber der überwiegende Teil unserer Gesellschaft wird sich in eine gute Richtung entwickeln. Da bin ich sicher.“

